

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ACHTES JAHR

APRIL 1957

HELMUT WICKEL

Neutrale oder unabhängige Gewerkschaften?

Man steigt nicht zweimal in denselben Fluß. Die Bundestagswahlen 1957 werden nicht zu einer Neuauflage der Wahlen von 1953 werden — nicht einmal dann, wenn das Kräfteverhältnis zwischen den beiden großen Parteien des Bundestages sich nicht sehr wesentlich verschieben sollte. In den Parteien selbst hat sich in den vergangenen vier Jahren vieles verändert. Vor allem aber haben sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik zugleich gewandelt und stärker konsolidiert, als es noch 1953 der Fall war. Wollte man diese Konsolidierung mit dem bequemen Schlagwort Restauration bezeichnen, würde man an dem Kern der Dinge vorbeigehen. Vielmehr beruht die Konsolidierung zum Teil gerade darauf, daß sich auch die tatsächlich restaurativen Kräfte davon überzeugen mußten, daß eine Restauration vergangener Verhältnisse nicht möglich ist.

Die Konsolidierung findet ihren politischen Ausdruck u. a. in dem Trend zum Zweiparteiensystem, für das es in der deutschen Vergangenheit kein Vorbild gibt. Konsolidiert haben sich auch die Einheitsgewerkschaften, gleichfalls ohne Vorbild in der deutschen Vergangenheit. Der restaurative Versuch der Neubildung weltanschaulicher Richtungsgewerkschaften ist kläglich gescheitert, und zwar bezeichnenderweise einfach an der völligen Desinteressiertheit der Arbeiter an dem Experiment. Konsolidiert haben sich im besonderen, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße, Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft. In bezug auf die Wirtschaft — und auf die Staatsbürokratie — könnte man am ehesten von einem Übergewicht restaurativer Züge sprechen. Aber schon der Hinweis darauf, daß z. B. in der Landwirtschaft der früher ausschlaggebende ostelbische Großgrundbesitz ausgeschieden ist und daß in der Schwerindustrie an Rhein und Ruhr das Mitbestimmungsrecht verwirklicht werden konnte, genügt, um zu zeigen, daß man doch wesentliche Momente verwischt, wenn man einfach von einer gesellschaftlichen und innenpolitischen Restauration spricht, von der grundstürzend gegenüber aller Vergangenheit veränderten außenpolitischen Situation Deutschlands ganz abgesehen. Sogar in der kurzen Zeit seit 1953 hat sich in dieser Beziehung vieles gewandelt.

Der Hintergrund der diesjährigen Wahlen unterscheidet sich also erheblich von dem des Jahres 1953. Damals hatte der Konsolidierungsprozeß gerade erst begonnen und war vor allen Dingen noch keineswegs in das allgemeine Bewußtsein getreten und in seinen wesentlichen Merkmalen erkannt. Daher wurde der Wahlkampf 1953 auf beiden Seiten von zum Teil objektiv bereits überholten radikalen und dogmatischen Positionen ausgeführt. Diesesmal scheinen die Parteistrategen sich zu bemühen, mehr sachliche Gegen-

sätze herauszuarbeiten. Allerdings stehen wir erst am Anfang des Wahlkampfes und sollten uns wohl klugerweise noch auf einige Überraschungen gefaßt machen.

Leider deuten nicht nur die antigewerkschaftlichen Vorstöße des Bundeswirtschaftsministers Prof. *Erhard*, sondern auch andere Anzeichen darauf hin, daß die Gewerkschaften, ob sie es wollen oder nicht, auch in diesen Wahlkampf hineingezogen werden. Prompt wird auch schon wieder die Gretchenfrage gestellt: Wie halten es die Gewerkschaften mit der parteipolitischen Neutralität?

Es ist angebracht, darüber gerade im jetzigen Zeitpunkt einige Worte zu sagen.. bevor nämlich der Wahlkampf seinen Höhepunkt erreicht hat.

Auf der Pressekonferenz im Anschluß an den Bundeskongreß des DGB in Hamburg wurde der neue Vorsitzende *Willi Richter* von einem Journalisten gefragt, wie er über die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften denke. Richter lehnte den Begriff „Neutralität“ ab mit dem Bemerkten, er sei in seinem ganzen Leben nicht politisch neutral gewesen. Auch für die Gewerkschaften könne es sich, nicht um Neutralität handeln, sondern nur um parteipolitische Unabhängigkeit. Die bejahe er allerdings. In ihrer Ausgabe vom 1. Februar 1957 greifen die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“ erneut die Frage auf und wenden sich scharf gegen die „unredliche Vertauschung der Begriffe Unabhängigkeit“ und „Neutralität“,. Diese „Falschmünzerei“ stoße auf den entschiedenen Widerstand der Christlich-sozialen Kollegenschaft im DGB. Es gehe hier um einen der Kernpunkte, von dem die Möglichkeit der Einheitsgewerkschaft entscheidend abhängt.

Die „Kommentare“ kommen zu dieser scharfen Stellungnahme, nachdem sie vorher die Begriffe „unabhängig“ und „neutral“ recht eigenwillig wie folgt definiert haben: „Parteipolitische Unabhängigkeit heißt lediglich, daß die Einheitsgewerkschaft nicht der Weisungsgewalt parteipolitischer Stellen unterworfen und auch finanziell selbständig ist. Bloße Unabhängigkeit schließt aber nicht aus, daß zwar in eigener Verantwortung, aber dennoch parteipolitisch bestimmte Auffassungen und Ziele von einer solchen unabhängigen Einheitsgewerkschaft vertreten und mit gewerkschaftlichen Mitteln durchgesetzt werden. — Parteipolitische Neutralität geht weiter und garantiert eigenes Urteil und eigene Ziele, die jenseits parteipolitisch bestimmter einseitiger Auffassungen und Ziele bestehen. Es ist ein Standpunkt, der die Gemeinsamkeit der Auffassungen aller Gewerkschafter im DGB für sich hat. Zum andern aber besagt Neutralität, daß die Einheitsgewerkschaft ihre eigene Zuständigkeit erkennt und anerkennt und die Finger von Aufgaben läßt, für die Parlament und Parteien allein zuständig sind. Nur auf diesem Wege kann verhindert werden, daß die Einheitsgewerkschaft zum Vorspann der Sozialdemokratischen Partei mißbraucht wird.“

In diesen Definitionen sind einige feine Widerhaken versteckt. Gewiß schließt parteipolitische Unabhängigkeit nicht aus, daß eine Gewerkschaft sich für bestimmte parteipolitische Auffassungen und Ziele entscheidet. Unseres Erachtens kommt es aber in jedem Falle darauf an, daß die Gewerkschaft eine solche Haltung in eigener Verantwortung, und das heißt doch wohl, aus ihrem gewerkschaftlichen Wissen und Gewissen heraus, einnehmen müßte. Wenn sie sich dadurch in Widerspruch zu ihrer Mitgliedschaft oder auch nur zu einem Teil derselben setzt, wird jede Gewerkschaft sich hüten, solche Entscheidungen zu treffen. Die Haltung muß also nicht nur mit dem eigenen Urteil und den eigenen Zielen der Gewerkschaft übereinstimmen, sondern setzt solch eigenes Urteil und solche eigene Ziele geradezu voraus. Unabhängigkeit heißt daher nicht nur, daß die Gewerkschaften finanziell selbständig und nicht den Weisungen einer Partei unterworfen sind, wie die „Kommentare“ schreiben. Unabhängigkeit bedingt vor allem auch *ideologische* Unabhängigkeit. Es ist der gewerkschaftliche Gesichtspunkt, der bei unabhängigen Gewerkschaften das Verhältnis zu den Parteien bestimmt. Das aber sei nur bei parteipolitischer Neutralität garantiert, meinen dagegen die Kommentare, wenn wir sie richtig verstehen.

NEUTRALE ODER UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN?

Der Gedankengang der „Kommentare“ zeichnet sich allerdings nicht gerade durch Folgerichtigkeit aus. Was soll denn geschehen, wenn die Gewerkschaften auf Grund „eigenen Urteils und eigener Ziele, die jenseits parteipolitisch bestimmter einseitiger Auffassungen und Ziele bestehen“, zu dem Schluß gelangen, daß sie diese ihre Ziele nur mit Hilfe einer oder mehrerer parlamentarischer Parteien verwirklichen können? Sollen die Gewerkschaften dann darauf verzichten, diese Partei oder Parteien zu unterstützen, weil sie dadurch die Neutralität verletzen? Genau diese Frage ist es doch, vor die die Gewerkschaften sich immer wieder gestellt sehen, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern einschließlich den USA, wo es nie weltanschaulich oder parteipolitisch orientierte Gewerkschaften gegeben hat. Aus keinem anderen Grund als diesem wird in den Gewerkschaften immer häufiger von Unabhängigkeit statt von Neutralität gesprochen. So zum Beispiel in der Satzung der IG Chemie, Papier, Keramik, in deren Paragraph 3 es heißt: „Die Gewerkschaft... ist unabhängig von politischen Parteien und anderen außergewerkschaftlichen Institutionen.“ Früher lautete der entsprechende Passus dieser Satzung: „... bei strengster Neutralität in parteipolitischen, religiösen und rassistischen Fragen.“ Die Änderung wurde vorgenommen, nicht, weil „Falschmünzer“ am Werk waren — die Mitglieder der Satzungskommission und ihr Vorsitzender, der zufällig der Christlich-sozialen Kollegenschaft angehört, dürften sich eine solche Unterstellung energisch verbitten —, sondern im Interesse der Ehrlichkeit.

Es ist eine redliche, nicht eine unredliche Vertauschung der Begriffe vorgenommen worden, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß der Begriff „Neutralität“ zu vage ist. (Auch die Staatsmänner haben ja ihre liebe Not mit der Definierung solcher Begriffe wie Neutralität, Neutralismus, Unabhängigkeit, Bündnislosigkeit.) Das wird übrigens ganz deutlich aus dem dritten Satz der Definition des Begriffs Neutralität in den „Kommentaren“, wo es heißt, daß Neutralität besage, daß die Einheitsgewerkschaft ihre Finger von Aufgaben läßt, für die Parlament und Parteien allein zuständig sind. Was soll das heißen? Ist mit „allein zuständig“ gemeint, daß die letzte Entscheidung beim Parlament liegt? Es gibt sehr viele Fragen, in denen zwar das Parlament (und also die Parteien) unbestritten die letzte Entscheidung hat, zu denen aber jeder Staatsbürger und jede Organisation sehr wohl Stellung nehmen kann, soll und muß. Es gibt andere Fragen, bei denen man darüber streiten kann, ob sie besser durch Gesetz oder durch freie Vereinbarungen der Interessenten geregelt werden. Dazu gehören z.B. die Arbeitszeitregelungen. Aber auch bei den Fragen, in denen unbestritten der Gesetzgeber entscheiden soll, muß doch, besonders wenn es sich um Fragen von allgemeiner Bedeutung handelt, eine breite Diskussion und Stellungnahme der Wählerschaft nicht nur in den Parteiversammlungen vorausgehen, sondern auch und besonders in den Interessenorganisationen. Darauf beruht eine lebendige Demokratie. Und glaubt etwa der Verfasser des Kommentarartikels, daß die „Rentenreform“ oder die „Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle“, Gesetze und Gesetzesentwürfe, die ja zweifellos die Gewerkschaften sehr nahe angehen, in Gewerkschaftsversammlungen und in der Gewerkschaftspresse diskutiert werden könnten oder auch nur sollten, ohne daß die Stellungnahme der Parteien dabei erwähnt und untersucht würde? Natürlich sind die Gewerkschaften da nicht neutral, sondern engagieren sich für und gegen Parteien und Abgeordnete. Aber sie tun es unabhängig, lediglich von ihrem gewerkschaftlichen Gesichtspunkt aus. So sind sie in bestimmten Fragen für oder gegen eine Partei oder einen Abgeordneten nicht wegen seiner Couleur oder seines Gesangesbuches, sondern wegen seiner Haltung in diesen bestimmten Fragen. Der Begriff „Unabhängigkeit“ ist daher richtiger als der der „Neutralität“. Er trifft die gewerkschaftliche Realität und ist darum auch redlicher.

Daß sich erst seit einiger Zeit in den Einheitsgewerkschaften die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Begriff Neutralität ihre Existenzbedingungen nicht richtig trifft und besser durch den Begriff Unabhängigkeit ersetzt wird, hängt zusammen mit dem gesellschaft-

HELMUT WICKEL

lichen Konsolidierungsprozeß, auf den wir eingangs hinwiesen. Die gesellschaftlichen Gruppen treten profilierter hervor als noch vor einigen Jahren. Sowohl in den politischen Parteien als auch in den großen gesellschaftlichen Organisationen hat eine Selbstverständigung eingesetzt. Sie ist zwar noch lange nicht abgeschlossen — und wird es auch nie ganz sein —, hat aber doch schon dazu geführt, daß jede dieser Organisationen heute ihre Anliegen wesentlich konkreter und realistischer formuliert und vertritt als noch 1953. Viele Illusionen sind verflogen. Dafür macht man auch sich selbst und anderen weniger vor. Das ist eine durchaus gesunde Entwicklung.

Im DGB hat diese Hinwendung zum Realismus ihren Ausdruck im „Aktionsprogramm“ gefunden, durch das die Aktivität der Gewerkschaften auf solche Ziele gelenkt wird, die „hier und jetzt“ und durch ihre eigene Kraft erreicht werden können. Sie findet weiter ihren Ausdruck in der Herausarbeitung einer unabhängigen und wirklichkeitsnahen Stellungnahme zu dem vielschichtigen Problem, das mit dem Schlagwort „Eigentumsbildung“ nur sehr ungenau umrissen wird. Das geschieht auf unideologische Weise. In beiden großen Parteien werden sich Gegner und Befürworter der gewerkschaftlichen Position in dieser Frage finden, wobei sowohl die Gegner wie die Befürworter wiederum von sehr unterschiedlichen und sogar gegensätzlichen Überlegungen und Ideologien her zu ihrer behandelnden oder verneinenden Haltung kommen mögen.

In jedem Falle werden die Gewerkschaften ihre Stellungnahme unabhängig von der Haltung der Parteien ausarbeiten. Sie werden aber die Haltung der Parteien nicht etwa mit Gleichmut zur Kenntnis nehmen, sondern im Gegenteil alles tun, um die Parteien im gewerkschaftlichen Sinne zu beeinflussen und außerdem die Gewerkschaftsmitglieder über die Stellungnahme der Parteien zu informieren. Denn selbstverständlich sind die Gewerkschaften daran interessiert, daß *die* Parteien und Parteiflügel möglichst stark im Bundestag vertreten sind, von denen aus am ehesten eine Unterstützung der Gewerkschaftsforderungen in allen Fragen, in denen auch gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind, zu erwarten ist.

Beinahe noch bedeutsamer für das Verhältnis zu den Parteien ist jedoch das Verhalten der Parteien in allen jenen Fragen, bei denen es um die Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte geht. Die Gewerkschaften haben oftmals die Wahl, zu versuchen, ein Ziel entweder durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder aber über den Gesetzgeber zu erreichen. Bei einem in der Mehrheit gewerkschaftsfeindlichen Parlament jedoch besteht immer die Gefahr, daß selbst das, was in Vereinbarungen mit den Arbeitgebern erreicht wurde, durch den Gesetzgeber und die Staatsexekutive wieder beseitigt wird. Wie kann man da von den Gewerkschaften parteipolitische Neutralität erwarten? Sie wäre selbstmörderisch.

WILHELM LUTHER

Wir wünschen uns heute einen realistischen und sozialen Humanismus, der den Nöten und Sorgen der Gegenwart offen zugewandt ist, der die arbeitenden Schichten vor Selbstentfremdung und Entpersönlichung bewahrt, der verhindert, daß die Lebensform der modernen Industrie und Wirtschaft eine Form der Unmenschlichkeit wird. Dazu ist aber eine Wendung ins Reale und Soziale unerläßlich. Humanismus und Christentum müssen sich verantwortlich fühlen für das Schicksal der arbeitenden Massen, müssen die Forderungen dieser Menschen nach einer gerechten sozialen und wirtschaftlichen Ordnung, nach menschenwürdigen Lebens- und Arbeitsverhältnissen sich zu eigen machen. Denn nur auf dem Boden einer solchen humanen Ordnung der Gesellschaft und Wirtschaft wird dem Angehörigen der arbeitenden Schichten überhaupt erst die Möglichkeit gegeben, sich als Person zu fühlen und auf sein Menschentum zu besinnen.